

KOMMENTARE



Zum Einbruchparadies Schleswig-Holstein
Von Klaus Kramer

Bankrotterklärung

Die politisch Verantwortlichen in unserem Land und der Landeshauptstadt diskutieren voller Leidenschaft über die Vorzüge einer Stadtrationalbahn und eines Kleinen-Kiel-Kanals, über Biokost im Kabinett und die Beschäftigung von Lehrern in den Ferien. Doch man gewinnt zunehmend den Eindruck, dass sie darüber die wirklich wichtigen Dinge der politischen Daseinsvorsorge aus dem Blick verlieren.

Schleswig-Holsteins Landstraßen sind in einem zum Teil erbärmlichen Zustand. Durch manche Viertel unserer Städte sollte man nachts lieber nicht allein gehen – Frau sowieso nicht. Die Aufklärungsquote von Wohnungseinbrüchen ist beschämend niedrig. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen zeigt nun auf, wozu

die jahrelange Vernachlässigung elementarer Grundbedürfnisse durch die Politik führt: Menschen, deren Wohnungen aufgebrochen wurden, leben in Angst. Jeder Fünfte ergreift die Flucht in der Hoffnung, diese Angst an einem anderen Ort abzuschütteln.

Diese Zahlen sind eine politische Bankrotterklärung. Der Staat hat so hohe Steuereinnahmen wie nie zuvor. Er presst den Bürgern bis zur Hälfte ihres Einkommens ab. Dafür dürfen, nein müssen sie ein höheres Maß an Ordnung und Sicherheit als in Kolumbien und Mexiko verlangen können. Es kann nicht sein, dass die Polizei im Land unterbesetzt ist und Straßen wegen Schlaglöchern gesperrt werden, nur weil sich Politiker Ideologie getränkte Denkmäler setzen wollen. Die Sicherheit hat Vorrang.